52. Jahrgang. № 325. Sonnabend, 23. November 1907.

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugsgebühr: vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung an Sonn- und Montagen nur einmal 2.50 Mk., durch auswärtige Kostträger mitbringer 2.50 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 2 Mk. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern vom Freitag u. Umgebung am Tage vorher zugehenden Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zugesandt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: Nr. 11 und 2096.

Anzeigen-Tarif: Annahme von Ankündigungen bis nachm. 5 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf., Familien-Nachrichten 20 Pf.; Geschäfts-Anzeigen auf der Privatseite Zeile 30 Pf.; die zweispaltige Zeile auf Textseite 60 Pf. An Nummern nach Sonn- und Feiertagen: die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatseite 40 Pf., Familiennachrichten bis 6 Grundzeile 25 Pf. — Mehrzeilige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt kostet 10 Pfennige.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

**Bandwurm mit Kopf** vertreiben ohne Beschwerden binnen 2 Stunden gar. sicher Medizinal-Rat Dr. Küchenmeisters berühmte Handwurmkapseln. Preis mit Versicherung 3 Mark. Angenehm einzunehmen, für den Körper absolut unschädlich. Alleinverkauf und prompter Versand nach auswärts.
Salomonis-Apotheke, Dresden-Altst., Neumarkt 8. Gegründet 1560.

Massiv Gold — fugenlos!
Das Paar von 10 bis 50 Mark.
— Gravierung gratis. —
**Trauringe:** **Gustav Smy**
Dresden-A., Moritzstrasse 10
(Ecke König Johann-Strasse).

Schläuche Klappen Platten Ringe Schnüre Walzen Puffer Riemen aus **Gummi Guttapercha Asbest** fertigt in garantirt haltbaren Qualitäten **E. Böhme** Dresden Ferdinandstr. 13.

**Weihnachts-Ausstellung**
**Adolf Näter,** Prager Strasse 26
Lederwaren. Reise-Artikel.
Durch Umbau ganz bedeutend vergrössert.

**Für schwache Kinder** knochenbildende, wohlschmeck. „Emulsion" von Heinr. Meyers Medizinal-Lebertran „mit der Plombe" mit phosphorsauren Nährsalzen. Aerztlich verordnet und bewährt bei Drüsenkr., Engl. Krankheit, Katarrhen der Luftwege, Schwächezuständen. In plombierten Flaschen à 2 Mk. mit Anweis. Versand nach auswärts.
**Löwen-Apotheke,** DRESDEN.

## Für eilige Leser.

**Mutmaßliche Witterung:** Meist neblig, mäßiger Südostwind, Frost.

Gestern verschied Kammerherr Hannibal v. Lüttichau an Herzlähmung.

In Reichstagsabgeordnetenkreisen erwartet man von Sachsen eine mäßige Erhöhung der Vermögenssteuer.

Der Rat der Stadt Leipzig plant zur Vermeidung einer weiteren Erhöhung der direkten Steuern die Einführung einer Biersteuer.

Der Grund für die Verabschiedung des Generals des 7. Armeekorps, Freiherrn v. Bissing, soll in seiner Truppenführung während der letzten Kaisermanöver zu suchen sein.

Die gesamte Reichsschuld betrug am 1. Oktober 1907 4 003 500 000 Mark.

Der 1. Deutsche Jugendgerichtshof wird unter Vorsitz eines Vormundschaftsrichters am 1. Januar in Frankfurt a. M. errichtet werden.

Die konservative Reichstagsfraktion sprach sich gestern für positive Blockpolitik aus.

Die Entschädigung an Graf Zeppelin für seine 15jährige der Erfindung des lenkbaren Luftschiffes gewidmete Arbeitsleistung soll nach der Denkschrift im Nachtragsetat 500 000 Mark betragen.

In Oesterreich macht sich eine lebhafte antiklerikale Bewegung bemerkbar.

Aus Portugal kommen sehr ernste Nachrichten über Gärungen im Heer und im Volk.

Der bekannte Schauspieler Harry Walden am Neuen Schauspielhaus in Berlin ist spurlos verschwunden.

## Koloniale Eisenbahnen

sind schon seit Jahren eine dringliche Forderung aller derer, denen die Entwicklung unserer Schutzgebiete wahrhaft am Herzen liegt. Jeder Blick auf unsere englischen und französischen Nachbarkolonien in Afrika lehrt aufs deutlichste, daß die wirtschaftliche Aufschließung dieser Gebiete nur deshalb so glänzende Fortschritte gemacht hat, weil man von vornherein für genügende Verkehrsmöglichkeiten gesorgt hat. Für unsere eigenen Kolonien sind ausreichende Eisenbahnen ebenfalls eine Lebensbedingung: die im Verhältnis zu europäischen Entfernungen geradezu ungeheuerlichen Strecken fordern zu ihrer Ueberwindung mittelst Dampfkraft um so mehr heraus, als auch noch andere Schwierigkeiten, die vorzugsweise im Klima und in der Geländebeschaffenheit sich bieten, hinzukommen. Aber nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern auch aus politischen Gründen ist die endliche Lösung der Eisenbahnfrage für unsere Schutzgebiete so wichtig: kommt es nämlich — wie der Aufstand in Südwestafrika gezeigt hat — zu kriegerischen Unruhen, besonders in entfernteren Gegenden, so sind die Folgen nicht abzusehen, da eine schnelle Truppenkonzentration durch den Mangel an leistungsfähigen Eisenbahnen überaus erschwert ist. Was dieser Mangel bedeutet, darüber kann sich jeder von den gewaltigen Zahlen der Opfer an Gut und Blut belehren lassen, die dem deutschen Volke die Niederwerfung des südwestafrikanischen Aufstandes in mehrjährigem Ringen gekostet hat. Durch Schaden wird man bekanntlich klug und es hat deshalb im Reiche wohl kaum einen ernsthaften Politiker gegeben, der nicht die Ankündigung von afrikanischen Eisenbahnvorlagen für den Reichstag mit Genugtuung begrüßt hätte. Staatssekretär Dernburg hat, wie man zu wissen glaubt, von seiner Fahrt nach Deutsch-Ostafrika ein Reisetäschchen mit Bahnbauprojekten mitgebracht, über deren endgültige Feststellung allerdings noch einige Zeit vergehen dürfte. Zu den entscheidenden Beratungen in Berlin wird u. a. der Gouverneur von Rechenberg erwartet, der ebenso wie der frühere Gouverneur von Deutsch-Südwestafrika — jetzige Unterstaatssekretär im Reichskolonialamt von Lindequist — sein Urteil über das unbedingt Notwendige und das einstweilen noch Zurückstellbare abgeben soll.

Diese weise Beschränkung bei Einbringung der afrikanischen Kolonialeisenbahn-Vorlagen an den Reichstag ist um so rätlicher, als die chronische Finanzkalamität im lieben deutschen Vaterlande zur Vorsicht mahnt. Man spricht sogar davon, daß es wegen der von Dernburg geplanten Kolonialforderungen schon zu heftigen Konflikten zwischen dem Reichsschatzamt und dem Kolonial-Staatssekretär gekommen sein soll. Das ist wahrscheinlich nur eine Zeitungsente, aber vielleicht bezeichnend für die allgemeine Stimmung.... Vorläufig sind solche „Konflikte" unseres Erachtens ausgeschlossen, denn fertige Eisenbahnvorlagen existieren wie gesagt noch nicht, sie sollen erst in den bevorstehenden Konferenzen im Reichskolonialamt festgelegt werden. Dabei gibt es genug zu überlegen: Fragen, wie die Linienführung der einzelnen Eisenbahnstrecken, Festsetzung ihrer Spurweite und vor allem die Deckungsfrage der Kosten, wollen gründlich erwogen sein, ehe die Eisenbahnprojekte das Licht der Oeffentlichkeit erblicken dürfen. Nichts wäre unangenehmer, als wenn auch die erste größere Aktion Dernburgs im Reichstage Fiasko machen würde; das gäbe auf lange Zeit hin einen entmutigenden Pessimismus in unserer Kolonialpolitik! Da Staatssekretär Dernburg nur in Deutsch-Ostafrika gewesen ist, so kann man wohl vermuten, daß es sich in erster Linie um ostafrikanische Eisenbahnprojekte handeln wird, deren Inangriffnahme auch uns am nötigsten scheint. So viel durchgesickert ist, plant man nicht nur eine Verlängerung der Zentralbahn von Dar-es-Salaam über Mrogoro hinaus bis Tabora, sondern auch zwei Abzweigungen von Tabora aus, von denen die nördliche nach dem Viktoria-Nyanza-See gehen wird, während die zweite in südwestlicher Richtung den Tanganjika-See erreichen soll. Staatssekretär Dernburg scheint, gutem Vernehmen nach, gewillt zu sein, für den Eisenbahnbau in den Kolonien Anleihen aufzunehmen, und gibt sich der Hoffnung hin, daß die Zinsgarantie für den obengenannten Bahnbau in Deutsch-Ostafrika allein durch eine weiter ausgedehnte Erhebung der Hüttensteuer beschafft werden kann. Man wird abzuwarten haben, was an diesen bisherigen Meldungen positiv Wahres ist; der Weg, auf dem das Ziel erreicht wird, scheint überhaupt weniger wichtig, als die Notwendigkeit, endlich einmal überhaupt einen energischen Anfang mit einem Bahnbau größeren Stiles in unseren Kolonien zu machen. Jedenfalls weisen auch diese dringlichen kolonialen Notwendigkeiten mit Ernst darauf hin, daß schnellstens für die Sanierung unserer Reichsfinanzen gesorgt werden muß. Wo man auch hinsieht, um diese Frage aller Fragen wird sich in der heurigen Reichstagstagung schlechthin alles drehen und man wird sich auf keiner Seite an ihrer Lösung vorbeidrücken können.

## Enteignungsgesetz und Ostmarkenvorlage.

Der preußische Landtag tritt diesmal, wie schon gemeldet, gegen seine Gewohnheit bereits Ende dieses Monats zusammen, um neben anderen wichtigen Problemen der preußischen Politik sich vornehmlich mit der Verabschiedung der neuen Ostmarkenvorlage zu befassen. Daß deren Einbringung notwendig ist, ergibt sich schon aus dem Umstande, daß der Fonds der Ansiedlungskommission bis auf wenige Millionen erschöpft ist. Der Kampf um die deutsche Ostmark ist aber am letzten Ende ein Kampf um den Grund und Boden, und es ist bekannt, welche verzweifelten Anstrengungen die Polen gerade in jüngster Zeit gemacht haben, um mittels verlockender Preisangebote möglichst viel Land, besonders aus deutschen Händen, in ihren Besitz zu bekommen. Dies gelang ihnen um so leichter, als die Ansiedlungskommission auf derartige Ueberbietungen der wirklichen Grundstückswerte sich weder einlassen wollte noch konnte und weil, nicht zum Ruhme der deutschen Ostmärker sei's gesagt, sich trotz aller Mahnungen von kaiserlicher Seite immer noch allzu viele Volksverräter gefunden haben, die ihren ererbten Besitz ohne zwingende Gründe an den polnischen Nationalfeind nur um schnöden Gewinnes willen veräußerten. Diesem Zustande, der einerseits die Güterpreise zu unnatürlicher Höhe steigerte und anderseits die segensreiche Tätigkeit der Ansiedlungskommission zum großen Teile paralysierte, mußte auf jeden Fall ein Ende gemacht werden: das war und ist die Meinung aller Einsichtigen. Auch die Regierung hat sich dieser Ueberzeugung auf die Dauer nicht entziehen können und war auf Maßnahmen bedacht, um dem Uebelstande abzuhelfen. Es zeigte sich aber, daß sich ein gangbarer Weg dazu schwer auffinden ließ. So hat man lange geschwankt, welch endgültige Fassung man der neuen Ostmarken-Vorlage geben sollte, denn es handelte sich um gewisse „Ausnahmebestimmungen", die dem doktrinären Sinne der Deutschen selbst dem Feinde gegenüber sehr schwer eingehen. Nach langem Hin und Her ist man jetzt, wenn die neuesten Meldungen zutreffend sind, dahin übereingekommen, mehrere hundert Millionen für den Ansiedlungsfonds und die Verleihung von Enteignungsbefugnissen für die Dauer der Verwendung dieser Summe an die Ansiedlungskommission in Posen vom Landtage zu fordern. Daß die Vorlage, die somit als die bisher einschneidendste Maßnahme in der preußischen Polenpolitik zu gelten hätte, derartige Sonderbestimmungen bringen würde, war bekannt. Strittig erschien bloß die Frage, ob diese Sonderbestimmungen allgemeiner Natur oder von zeitlicher und örtlicher Begrenzung sein würden. Für allgemein gehaltene Bestimmungen, die überall hätten unterschiedslos angewandt werden können, wäre weder im preußischen Abgeordnetenhause noch im Herrenhause eine Mehrheit zu haben gewesen. Das hat sich die Regierung sehr richtig bei ihren Erwägungen gesagt und ist wohl deshalb — immer die Richtigkeit der bisherigen Verlautbarungen über die Polenvorlage vorausgesetzt — auf eine örtliche und zeitliche Beschränkung der Enteignungsbefugnisse, und zwar lediglich im wohlverstandenen nationalen Interesse, zugekommen. Damit würde sie sich zu dem von allen Deutschen gewünschten Zweck der Polengesetzgebung bekennen, nämlich Mittel in die Hand zu bekommen, um die neuen Millionen des Ansiedelungsfonds energischer als bisher im nationalen Interesse verwenden und dem Uebergang deutschen Eigentums an Grund und Boden in polnischen Besitz mehr als bisher entgegentreten zu können.

## Neueste Drahtmeldungen vom 22. November.

### Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Auf der Tagesordnung stehen Petitionen. In Eingaben zahlreicher Ortsgruppen des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes wird schleunige Einführung der Pensionsversicherung für den Handlungsgehilfenstand und Schaffung einer besonderen Standesvertretung (Kammern) für die Handlungsgehilfen gewünscht. Die Kommission beantragt Ueberweisung zur Berücksichtigung. — Abg. Molkenbuhr (Soz.) tritt im wesentlichen für die Wünsche der Petenten ein und empfiehlt namentlich Verwandlung der bestehenden Handelskammern in paritätische durch Hinzuziehung auch von Handlungsgehilfen in diese bisher nur aus Prinzipalen zusammengesetzten Kammern. Redner richtet zugleich Angriffe sowohl gegen den Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband wie auch gegen den Zentralverband deutscher Industrieller. — Abg. Schack (wirtsch. Vg.) weist den „an den Haaren herbeigezogenen" Angriff auf den Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband zurück. Ganz unzutreffend sei des Vorredners Behauptung, als seien alle die jetzt von dem nationalen Handlungsgehilfen-Verbande aufgestellten Forderungen schon viel früher von den Sozialdemokraten vorgebracht worden. Was diese schon 1881 verlangt hätten, sei eben unbrauchbar gewesen. Und mit dem Verlangen nach Pensionsversicherung für die Handlungsgehilfen seien die Sozialdemokraten durchaus nachgehinkt. — Der Antrag der Kommission wird angenommen. — Eine weitere Petition aus Dresden wünscht, daß beim Verkauf von Celluloidwaren der Käufer stets auf die außerordentliche Feuergefährlichkeit dieser Waren hinzuweisen sei. — Entsprechend dem Antrage der Kommission wird die Eingabe der Regierung zur Erwägung überwiesen, ebenso eine Petition betreffend Einführung obligatorischer Arbeitsausschüsse. Verschiedene Handlungsgehilfenverbände bitten um Anstellung von Handelsinspektoren; demgegenüber wünscht eine Anzahl Petitionen von Vereinen selbständiger Kaufleute, darunter auch die Zentralvereinigung preußischer Vereine für Handel und Gewerbe, daß dem Verlangen nach Handelsinspektionen nicht stattgegeben werde. Die Kommission beantragt, über die letzteren Eingaben zur Tagesordnung überzugehen, dagegen die übrigen Petitionen der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. — Abg. Hoch (Soz.), der den Beschluß der Kommission empfiehlt, bleibt dabei, daß in bezug auf die Fürsorge für die Handlungsgehilfen die Sozialdemokraten die Priorität hätten. — Abg. Schack (Wirtsch. Vereinig.) stellt dies entschieden in Abrede, indem er darauf hinweist, daß die Sozialdemokraten seinerzeit nicht einmal dem Gesetze über die Kaufmannsgerichte zugestimmt haben. — Der Antrag der Kommission wird angenommen. — Eine Petition des Allgemeinen Handwerkervereins in Dresden verwahrt sich gegen weitere Neubelastungen der Arbeitgeber durch Arbeiter-, Witwen- und Waisen-, sowie namentlich durch Arbeitslosen-Versicherung. Entsprechend dem Antrage der Kommission wird die Petition dem Reichskanzler zur Kenntnisnahme überwiesen. — Abg. Giesberts (Zentr.) wünscht, daß angesichts der jetzigen wirtschaftlichen Lage die Regierung erwäge, welche Maßnahmen etwa gegen zunehmende Arbeitslosigkeit zu treffen seien. — Eine Petition des Niederschlesischen Knappschaftsvereins um Aenderung des Invaliden-Versicherungsgesetzes — Gewährung der Rente schon bei Einbuße der Erwerbsfähigkeit um 50 Prozent — soll, dem Kommissionsbeschluß zufolge, dem Reichskanzler nur als Material überwiesen werden. — Abg. Sachse (Soz.) beantragt Ueberweisung zur Berücksichtigung. — Abgg. Behrens (christl.-soz.) und Brejski (Pole) stimmen diesem Antrage zu. — Abg. Erzberger (Zentr.) weist darauf hin, daß man damit die ganzen wirtschaftlichen Grundlagen der Invalidenversicherung über den Haufen werfe. Er bitte deshalb, diesen

„Monte Christo" der beste Blutwein! in allen Nahrungsmittel-Geschäften erhältlich.